Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 76 (1989)
Heft: 1: Erziehen zu weltweiter Gerechtigkeit

Rubrik: Blickpunkt Kantone

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blickpunkt Kantone

ZH: Wegen ungenügender Staatsleistungen bald Sponsoring an der Uni Zürich?

Die Universität Zürich erwägt die Einführung des Sponsoring. Damit soll genügend Geld zur Bewältigung neuer Aufgaben beschafft werden, da das Wachstum der staatlichen Beiträge eng begrenzt ist, wie Prorektor Edwin Rühli gestern an einer Pressekonferenz sagte. Denkbar sei etwa die langfristige Finanzierung von Professuren durch die Privatwirtschaft, wobei aber Lehr- und Forschungsfreiheit gewahrt bleiben müssten.

Der Staat sei trotz der raschen Entwicklung praktisch aller Wissenschaftsdisziplinen kaum in der Lage, entscheidend höhere Mittel für die Hochschulen aufzuwenden, sagte Rühli. Die Universität Zürich müsse sich mit einer jährlichen Zunahme der realen Institutskredite um etwa zwei Prozent sowie der Zuteilung von insgesamt fünf bis sechs Stellen im Jahr begnügen.

Gleichzeitig erlebte die Studentenzahl laut Rühli seit 1980 ein Wachstum von jährlich vier Prozent. Spätestens nächstes Jahr werde an der Uni Zürich die Marke von 20000 Studierenden überschritten. Rühli führte dies unter anderem darauf zurück, dass vermehrt Leute aus Kantonen mit einem bisher geringen Akademisierungsgrad studierten. In einzelnen Fächern entfielen dadurch auf einen Dozenten mehr als 150 Studierende; im Durchschnitt der ganzen Uni Zürich liege das Verhältnis bei 1:51.

Angesichts dieser Entwicklung kläre das Rektorat ab, zu welchen Bedingungen an der Universität Zürich Sponsoring möglich sei. Viele Anregungen könnten von amerikanischen Hochschulen aufgenommen werden. Als Beispiele nannte Rühli die Medizin, wo Sponsoring seit langem bekannt sei, und die neue Stelle für Wirtschaftskontakte und Wissenstransfer der Uni Zürich, der die Wirtschaft eine Mitarbeiterstelle finanziere. Denkbar seien auch von Industrie, Banken oder Versicherungen bezahlte Professuren. Sponsoring für die Uni müsse aber ohne Gegenleistung funktionieren: «Wir werden nicht wie Fussballer in bedruckten Leibchen herumlaufen», sagte Rühli.

ZH: Franz Schubiger gestorben

Der am 14. Oktober in Winterthur verstorbene Verleger war einer breiteren Öffentlichkeit vor allem als «Papa Schubi» bekannt.

Franz Schubiger wurde am 20. März 1910 in Rapperswil als jüngstes von elf Kindern geboren. Sein Vater, ein Lehrer und bedeutender Lokalhistoriker, starb, als Franz Schubiger vier Jahre alt war. Da die Lehrerswitwenrente für ein Studium nicht ausreichte, entschied sich Franz Schubiger für eine kaufmännische Lehre, die er 1929, in der Zeit der Krise, abschloss. Zehn Jahre später – er hatte jetzt eine Familie und war Vizeverwalter einer Krankenkasse – las er ein Inserat: «Gesucht Kaufmann oder Pädagoge». Der Inhaber eines kleinen Kartonagebetriebes in Winterthur sah sich nach einem Nachfolger um. Franz Schubiger erwies sich als der Gesuchte. In diesen Jahren vollzog sich in den Schulen eben der Übergang zum veranschaulichenden Unterricht der «Ecole active». Die Lehrer verlangten «Anschauungsmaterial»; Franz Schubiger stellte es her. In vier Jahrzehnten entstand auf dieser Grundlage ein unerhört vielseitiger pädagogischer Verlag, der sein Wissen und seine technischen Möglichkeiten auch zur Entwicklung und Fabrikation von Spielen einsetzte.

Wer Franz Schubiger nach seinen Zielen fragte, erhielt häufig die Antwort: «Ich möchte dazu beitragen, dass unsere Kinder gern zur Schule gehen, dass sie mit Freude lernen.»

ZH: Ehrenmedaille für Heinrich Trümpi

Die *Ehrenmedaille des Kantons für kulturelle Verdienste* wurde einem Förderer der Erwachsenenbildung überreicht: Der 1917 in Bern geborene *Heinrich Trümpi* war von 1948 bis 1979 beruflich in der Erwachsenenbildung tätig, unter anderem als Leiter des Freizeitdienstes der Pro Juventute und als Leiter der Klubschule Migros Zürich.

ZH: Petition gegen Aids-Lehrmittel

Eine «Arbeitsgruppe Christ und Aids-Aufklärung» hat dem Erziehungsrat eine mit 8000 Unterschriften versehene Petition eingereicht, in der dieser zur Überarbeitung der Unterrichtsmaterialien für die Aids-Aufklärung aufgefordert wird.

Zusammen mit den Unterschriftsbögen haben die Petitionäre ihre «konkreten Änderungsvorschläge» übergeben. Die Petitionäre hätten festgestellt, heisst es in einer Pressemitteilung, dass sich die im Unterrichtsordner «Aids-Informationen für die Schule 1987» vermittelte Sozialethik am Hedonismus (Lustprinzip) orientierte; eine durch dieses Prinzip irrgeleitete Jugend werde nicht gewillt sein, persönliche und staatliche Autorität zu respektieren und langfristig kaum bereit sein, Verantwortung für andere zu übernehmen.

ZH: Entwicklungsarbeiten im Bereich des Kindergartens

Der Erziehungsrat hat die Pädagogische Abteilung der Erziehungsdirektion beauftragt, verschiedene Entwicklungsarbeiten im Bereich des Kindergartens in den Jahren 1988 bis 1992 durchzuführen.

Ein erster Schwerpunkt ist die Bildung von Kadergruppen zur Bearbeitung bereits vorhandener Entwicklungsergebnisse. Solche Ergebnisse liegen insbesondere für die Gebiete Sprachförderung, Förderung fremdsprachiger Kinder sowie Früherfassung und Frühförderung im

Kindergarten vor. Neben der Publikation der Projektergebnisse werden auch Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Für die Ausbildung von Kursleitern für derartige Aus- und Fortbildungskurse soll jährlich mindestens ein Kaderkurs angeboten werden.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Erarbeitung von pädagogischen Konzepten und didaktischen Hilfen für Teilbereiche eines zweijährigen Kindergartens. Die Kindergartenpädagogik weist immer noch ein Defizit an Grundlagen auf, vor allem fehlen für Praktikerinnen verständliche Publikationen; einige sind in den letzten Jahren veröffentlicht worden, so etwa über Eigenaktivität, Leistungsmotivation oder Ausdrucksfähigkeit. Ein dritter Schwerpunkt umfasst neue Organisationsformen des Kindergartens. Nachdem die bisherige Form des Kindergartens – zwei Stunden am Vormittag, zwei Stunden am Nachmittag – während Jahren unumstritten war, sind nun auch Versuche mit der Fünftagewoche und andere abweichende Organisationsmodelle einzelner Gemeinden zu berücksichtigen.

ZH: Neue Anstellungsverordung für Mittelschullehrer

Der Regierungsrat hat die Verordnung über Anstellung und Besoldung der Lehrer der kantonalen Mittelschulen vom 28. Juni 1948 (Mittelschullehrerverordnung) durch einen neuen Erlass ersetzt, der noch vom Kantonsrat genehmigt werden muss.

Mit diesem Neuerlass wird eine bereinigte Rechtsgrundlage für die *Anstellungsverhältnisse* der Hauptlehrer, Lehrbeautragten und Vikare an den kantonalen Mittelschulen und Seminarien sowie am Technikum Winterthur Ingenieurschule geschaffen. Sie trägt den Änderungen Rechnung, die sich im Lauf der Jahre ergeben haben. So wird zum Beispiel für Lehrbeauftragte die Lohnfortzahlung im Fall von Krankheit und Unfall klar geregelt. Im Hinblick auf die laufende strukturelle Besoldungsrevision sind jedoch in den Anstellungsbedingungen keine Änderungen grundsätzlicher Art für einzelne oder für alle Lehrerkategorien beschlossen worden.

BE: Berner Schulmodellreform verabschiedet

Nach über vierstündigem Ringen hat der bernische Grosse Rat eine Gesetzesänderung zur Einführung des Schulmodells 6/3 in erster Lesung mit 94 zu 72 Stimmen zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.

Die Gesetzesänderung geht auf eine entsprechende kantonale Volksinitiative zurück, die das Parlament im November 1987 unterstützt hatte. Einmal mehr führte der bernische Grosse Rat eine Grundsatzdebatte über das bernische Schulsystem. 1985 hatte das «alte» Parlament noch das Schulmodell 4/5 plus unterstützt, das vier Jahre Primarschule und fünf Jahre Sekundarschule vorgesehen hätte. Gegenüber dem heute gültigen 4/5-Modell wäre es aber durchlässiger gewesen und hätte den Übertritt nicht nur in der 4. Klasse zugelassen. Nach den Wahlen von 1986 änderte der Rat jedoch seine Meinung und unterstützte vor einem Jahr mit 85 zu 48 Stimmen eine Volksinitiative für das Modell 6/3.

BE: Neue Diplommittelschulen im Kanton Bern

Diplommittelschulen (DMS) als Teil des öffentlichen Bildungswesens gibt es heute in fast 20 Kantonen der Schweiz. Im Kanton Bern ist dieser Schultyp zurzeit nur an zwei Orten vertreten, nämlich in Bern und in Moutier; im deutschsprachigen Kantonsteil ist es also bis heute nur schwer möglich, aus entlegeneren Regionen eine DMS zu besuchen. Das Diplommittelschulgesetz vom 17. Februar 1986 hat nun die Möglichkeit geschaffen, diese Lücke im Angebot der höheren Mittelschulen zu schliessen.

Auf Antrag der Regierung hat der Grosse Rat bschlossen, dass auf Beginn des laufenden Schuljahres die beiden *bestehenden DMS* vom Kanton übernommen werden, nämlich die Diplommittelschule an der Höheren Mittelschule Marzili in Bern und die Ecole du Degré Diplôme in Moutier.

Auf Beginn des *Schuljahres 1989/90,* also auf den 1. August 1989, sollen zusätzlich *drei regionale DMS* eröffnet werden, und zwar in Biel: eine Diplommittelschule am Staatlichen Seminar Biel, in Langenthal: eine Diplommittelschule am Staatlichen Seminar Langenthal und in Spiez: eine Diplommittelschule am Staatlichen Seminar Spiez.

Nach Gesetz hat die *DMS den dreifachen Auftrag* (a) Schülerinnen und Schüler für die Ausbildung in Berufen vorzubereiten, die eine erweiterte schulische Vorbildung, ein bestimmtes Alter und eine fortgeschrittene persönliche Entwicklung verlangen; (b) sie über die Möglichkeiten der Berufswahl zu orientieren und sie auf diese vorzubereiten sowie (c) ihre Allgemeinbildung zu erweitern und zu vertiefen und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu fördern.

BE: Berner Stadtrat weist Schulreform-Vorlage zurück

An den Schulen der Stadt Bern wird es vorläufig keine kooperative Oberstufe geben. Der Berner Stadtrat (Legislative) hat die Schulreformvorlage des Gemeinderates mit 39 gegen 38 Stimmen knapp zurückgewiesen. Die geschlossenen bürgerlichen Fraktionen verbanden ihre Rückweisung mit der Forderung, die Untergymnasiumsklassen seien aus der Schulreform herauszunehmen und den Gymnasien anzugliedern.

Das Untergymnasium umfasst das siebte und achte Schuljahr und ist in Bern der meistbegangene Weg der Gymnasiumsvorbereitung. Wenn das Untergymnasium nicht von der Reform getrennt werde, könnten die Begabten nicht mehr genügend gefördert werden und das Bildungsniveau nivelliere sich nach unten, wurde von bürgerlicher Seite argumentiert. Mit der Schulreform hätten das fünfte bis neunte Schuljahr aller Primar-, Sekundar- und Untergymnasiumsschulen in zehn Oberstufenzentren unter einem Dach vereinigt werden sollen. Ausserdem war geplant, den Schulkindern den Wechsel zwischen den drei Schultypen gesamthaft sowie auch in einzelnen Hauptfächern leichter und prüfungsfrei zu ermöglichen.

LU: Frühfranzösisch kommt 1995

Der Luzerner Erziehungsrat hat an seiner Sitzung vom 19. Oktober beschlossen, dass der Französischunterricht in der Primarschule auf Schuljahr 1995/96 eingeführt wird. Geplant sind je zwei Lektionen pro Woche in der 5. und 6. Primarklasse.

Der Luzerner Erziehungsrat stützt sich bei seinem Entscheid auf die Erwägungen des 1985 eingesetzten Projektleitungsstabes und auf die durchgeführte Vernehmlassung zum Thema Französischunterricht.

«Die gesamtschweizerisch geleisteten Vorarbeiten, die bisher gemachten Erfahrungen mit dem Französischunterricht an der Primarschule sowie die mehrheitliche Übereinstimmung hinsichtlich der staatspolitischen Bedeutung» haben nun den Erziehungsrat als oberste kantonale Behörde für Schulfragen bewogen, die Einführung des Französischunterrichts zu beschliessen.

Der Erziehungsrat weist in seiner Stellungnahme klar auf die Gefahren einer «Reformüberhitzung» hin: Um die übrigen, bereits angelaufenen Reformprojekte nicht zu gefährden, soll darum der Französischunterricht erst auf das Schuljahr 1995/96 eingeführt werden.

LU: Ab 1990 Maturakurse für Erwachsene

Ab 1. Januar 1990 sollen im Kanton Luzern Maturitätskurse für Erwachsene angeboten werden. Diesen Grundsatzentschluss hat die Luzerner Regierung diesen Herbst gefasst. Um die weiteren Details abzuklären, soll ab Januar 1989 eine Projektorganisation mit weiteren Vorbereitungsarbeiten beginnen.

Das Bedürfnis für eine Maturitätsschule für Erwachsene in der Zentralschweiz ist aufgrund verschiedener Studien schon länger ausgewiesen. Nachdem eine private Initiative des Erwachsenenbildners Erich Huwiler im vergangenen Jahr nicht die erhoffte finanzielle Unterstützung beim Kanton fand, ist nun eine vom Erziehungsrat im November 1986 eingesetzte Arbeitsgruppe zum selben Resultat wie Huwiler gekommen.

Deshalb hat laut Auskunft des Erziehungsdepartementes der Regierungsrat am 20. September den Grundsatzbeschluss gefasst, die Maturitätskurse für Erwachsene am 1. Januar 1990 zu starten. Ob aus diesen vorläufig in Versuchsphase gestarteten siebensemestrigen (3 1/2 Jahre) Kursen später zusammen mit den anderen Innerschweizer Kantonen ein Gymnasium für Erwachsene aufgebaut werden soll, lässt die Luzerner Regierung vorläufig offen.

Im kommenden Jahr soll eine Projektorganisation mit einem vollamtlichen Leiter, einem Administrator und einer Planungskommission mit den Vorbereitungsarbeiten beginnen. Der Planungskredit in der Höhe von 100000 Franken ist bereits gesprochen worden unter Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rates.

Ob eine rein private oder eine staatliche Trägerschaft die Maturitätskurse durchführen soll, ist noch offen, allerdings schätzt man die Realisierung auf rein privater Basis aus finanziellen Gründen als «zu schwierig» ein. Um die Betriebskosten, die nach ersten groben Schätzungen vom Regierungsrat auf 400000 Franken pro Jahr veranschlagt werden, möglichst tief zu halten, sieht das Konzept eine Mischform von Fern- und Direktunterricht an den bestehenden Gymnasien vor.

Die übrigen Innerschweizer Kantone haben den Entscheid der Luzerner Regierung mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wie Hanspeter Büchler, Sekretär der Innerschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz, erklärte, fehlen aber in den meisten Kantonen die gesetzlichen Grundlagen zu einem gemeinsamen Vorgehen mit dem Kanton Luzern. Im Kanton Zug könnte dazu der Weg mit der Totalrevision des Schulgesetzes im kommenden Jahr geebnet werden. «Die übrigen Innerschweizer Kantone erwarten nun einen Vorschlag der Luzerner Regierung zu einer interkantonalen Vereinbarung», sagte Büchler. (ps. in: «Vaterland» 10.11.88)

LU: Mehr Lohn für Lehrer und Beamte

Das Luzerner Staatspersonal und die Lehrerschaft erhalten mehr Lohn. Der Grosse Rat hat entsprechende Besoldungsordnungen gutgeheissen. Damit sowie mit der Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit auf 42 Stunden für das Staatspersonal und der wöchentlichen Pflichtstundenzahl der Lehrer um eine Lektion sollen unter anderem die Konkurrenzfähigkeit des Kantons auf dem Arbeitsmarkt erhalten und die guten Leistungen der Beamten und Lehrer gewürdigt werden.

Aus der neuen Besoldungsordnung ergeben sich bei den untersten Kategorien Verbesserungen von durchschnittlich 20 Prozent, in den oberen Kategorien solche von 7,5 Prozent. 1995, wenn sich die 1990 wirksam werdende Neuordnung voll auswirken wird, entstehen daraus Mehraufwendungen von 36,5 Millionen Franken.

Für die Lehrerinnen und Lehrer erhöht sich das Besoldungsspektrum über alle Kategorien hinweg von bisher 36 238 Franken im Minimum und 111 542 Franken im Maximum auf neu 37 500 beziehungsweise 125 000 Franken.

UR: Lehrerverein übt Kritik am Urner Unterseminar

Seit der Integration in die kantonale Mittelschule hat das Urner Lehrerseminar an Eigenständigkeit eingebüsst. Der Lehrerverein Uri hat deshalb eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese versucht, mit der Forderung nach mehr Praktika und einem stärker auf pädagogische Fächer ausgerichteten Stundenplan den typischen Charakter einer Berufsschule wieder zu verstärken.

UR: Computer für alle Oberstufenschüler

Uri macht mit dem Informatikunterricht an der Oberstufe der Volksschule ernst. Spätestens bis Ende 1990 sollen die elf Oberstufenschulen im Kanton mit entsprechenden Anlagen ausgerüstet sein, so dass jedem Schüler im Wahlfach Informatik ein Personal-Computer mit Drucker zur Verfügung steht.

Der Kanton ist bereit, dieses Programm mit einem Startbeitrag von 200 000 Franken zu unterstützen. Eine entsprechende Vorlage geht soeben an den Landrat. Für

die übrigen Kosten haben die Schulgemeinden selber aufzukommen. Sie werden die entsprechenden Beträge in die nächstjährigen Gemeindebudgets aufnehmen müssen.

Mit dieser Informatik-Einführung folgt die Urner Regierung einem Bericht und Konzept der kantonseigenen Informatik-Kommission und den Richtlinien der Innerschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz. Geplant ist, dass im Schuljahr 1988/89 die Lehrerausbildung durchgeführt und im Schuljahr 1989/90 der Unterricht als Wahlfach in den neunten Klassen begonnen wird.

UR: Neuntes Schuljahr ist beliebt

Das Urner Berufsberatungsamt hat aufschlussreiche Zahlen erarbeitet. Danach wird gegenwärtig das freiwillige neunte Schuljahr durch 75,2 Prozent aller Realschüler und 93 Prozent der Sekundarschüler besucht.

Die Austritte im Anschluss an die dritte Gymnasiumsklasse bezifferten sich 1986 auf 30, gegenwärtig auf 36 Prozent. Nach Abschluss der dritten Sekundarklasse besuchen gegenwärtig 92,9 Prozent, nach der dritten Real 89,2 Prozent der Burschen eine Berufslehre. Bei den Mädchen liegt die Quote bei 58,2 beziehungsweise 50 Prozent, da viele eine «Zwischenlösung» (zehntes Schuljahr, Haushaltlehre, Haushaltstellen im Welschland oder Tessin) vorziehen.

SZ: Mehrheit für schulfreien Samstag

Im Kanton Schwyz findet die Fünftagewoche an der Volksschule offenbar eine deutliche Zustimmung. 64,6 Prozent der Bevölkerung sprachen sich für die generelle Einführung des schulfreien Samstags an der Primar- und Sekundarschule aus. Dies ergab eine Meinungsumfrage, die das Institut für Markt- und Meinungsforschung «Publitest», Zürich, im Auftrage der Regionalzeitung «Bote der Urschweiz» und deren Inseratenagentur durchgeführt hat.

Die Zustimmung bei den unter 35jährigen war sogar noch deutlicher. Rund 75 Prozent von ihnen haben die Fünftagewoche an der Schule befürwortet. Von den 35- bis 55jährigen waren noch 67 Prozent dafür, einzig von den über 55jährigen Befragten waren 52,3 Prozent dagegen.

Ganz neu ist der schulfreie Samstag im Kanton Schwyz allerdings nicht. In Gersau kennt man diese Regelung schon seit vielen Jahren, um den Schulkindern vom Berggebiet den langen Schulweg am Samstag zu ersparen. Ebenfalls laufen derzeit befristete Schulversuche mit der Fünftagewoche in Steinerberg und Oberiberg.

Weiter plant das Schwyzer ED, dass für eine generelle Versuchsphase von zwei Jahren die Schulträger (Gemeinden, Bezirke) ab nächstem Jahr selber sollen entscheiden können, ob sie den schulfreien Samstag vorläufig einführen beziehungsweise testen wollen.

Schlaglicht

Träume sind Schäume

Luzern sollte doch noch eine Universität erhalten – wenn auch eine private. Diese Meldung der Luzerner Presse erwies sich im November des letzten Jahres als Ente: Hinter der Organisation mit dem honorigen Namen «Stiftung Loyola für Wissenschaft und Bildung Luzern» verbarg sich Carl Xaver Bleisch, ein wenig vertrauenswürdiger Titelhändler.

Mit einer Schmierenkomödie endete, was vor zwanzig Jahren eine neue bildungspolitische Aera einleiten sollte: Die Schaffung einer Universität im Raum Innerschweiz. Nachdem die damaligen Träume längst bachab geschickt wurden, erntet man nun zu allem Ungemach noch den Spott der ganzen Schweiz. Denn im Vorfeld der Stiftungsgründung hatten manche Luzerner nur zu gern mit solchen Plänen geliebäugelt. Doch mit Carl Xaver Bleisch ist wahrlich kein Staat zu machen. Seine seltsamen Geschäfte mit Diplomurkunden des «Albert-Einstein-Institutes, Zürich» oder Maturitätszeugnissen einer «Union for Experimenting Colleges und Universities Geneva» sind mehrfach in die Schlagzeilen gekommen.

So wird es denn auch in Zukunft keine Luzerner «Doktoren» und «Professoren» geben. Und vielleicht ist es gescheiter, sich dem Ausbau der bestehenden Fachschulen zu widmen, als sich auf dem Hintertreppenweg eine Uni zu ergattern. Denn auch in nicht-akademischen Bildungsgängen wird wertvolle – und zudem seriöse – Bildungsarbeit geleistet. Solange sich das Volk nicht für eine eigene Hochschule begeistern lässt, hilft jedenfalls auch eine scheinbar so vornehme «Stiftung Loyola» nicht weiter.

Heinz Moser